

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 23

Artikel: "Nomenklatura will an der Macht bleiben" : zu den ersten demokratischen Parlamentswahlen Russlands
Autor: H.T.D.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092805>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zu den ersten demokratischen Parlamentswahlen Russlands

«Nomenklatura will an der Macht bleiben»

Unsere demokratischen Freunde in Russland stellen lakonisch fest: «Die Nomenklatura sucht sich bei diesen Wahlen mit allen Mitteln an der Macht zu halten.» Gewiss, natürlich, räumen sie ein, die damalige erste Garnitur des kommunistischen Parteiapparats ist endgültig weg vom Fenster. Nicht aber die zweite und die dritte Garnitur.

Das war auch die Feststellung des Zentrums RF-Politika, einer «breiten gesellschaftlichen Vereinigung radikal denkender Fachleute, zum Teil sehr hochstehender Wissenschaftler und Politiker, denen ein rationaler kritischer Approach zur politischen Wirklichkeit eigen ist», wie die Redaktion der Pariser Wochenzeitung «Russkaja Mysl» die Autoren einer analytischen Studie vorstellte (Nr. 3937, 10. 7. 1992). Unter dem Titel «Die Nomenklatura-Revanche als Bedrohung der Menschheit» fassten diese Spezialisten (zu denen auch Dmitrij A. Jurjew gehört, vgl. «zeitbild» 21/93 sowie diese Nummer, Seite 4) die Situation vom letzten Sommer zusammen.

Die Analyse füllte fast vier Seiten der «Russkaja Mysl». Eine Kurzfassung davon nahmen die Herausgeber des Sammelbandes «Ein Jahr nach dem August [1991]. Bitterkeit und Wahl» in ihre Publikation auf. Denn hier artikulierten sich Gesinnungsgenossen der «alten» Demokraten aus der Menschen- und Bürgerrechtsbewegung sowie der «neuen» Demokraten von der Unabhängigen staatsbürgerlichen Initiative um den Universitätsrektor Afanassjew, den Historiker Batkin, den Philosophen Bibler und den Publizisten Burtin, die sich aus der Bewegung «Demokratisches Russland» zurückgezogen hatten, weil sie ihre demokratischen Überzeugungen von der nachgerückten Nomenklatura weitgehend verraten sahen. (Wie anderweitig dargelegt, ist die Kooperation dieser konsequenten Demokraten unterdessen zu einem handfesten Projekt gediehen.)

Was neu ist und was nicht

Zum Bedauern der Demokraten ist die Analyse von RF-Politika im Vorfeld der 1993er Wahlen so aktuell wie bei ihrer Abfassung. Die Dokumente der zur Wahl stehenden «demokratischen»

Gruppierungen und Blöcke ähneln sich. Den Stimmberechtigten stellen sich nicht eigentliche Parteiprogramme organischer struktureller Staatsbürgerkreise zur Auswahl. Gewählt werden Personen, und zwar zum grössten Teil Vertreter der «neuen» Nomenklatura. Im Zentrum wie in den Regionen haben sie nach wie vor die reale Macht in Händen.

Gewiss, sie sind progressiver geworden, sie sind für die Marktwirtschaft — aber eine Marktwirtschaft, die sie selber befehligen. Sie können an der Macht bleiben, wenn sie das Parlament kontrollieren. Präsident Jelzin sagte am 4. November 1993 einmal mehr, er sei für die Gewaltentrennung — «aber für die erste Zeit» sollte man die Exekutive und die Legislative noch in Personalunion verbinden können.

Schon im November 1991 beklagte Eduard Moltschanow, dass kein öffentlicher Prozess gegen die Putschisten vom September jenes Jahres durchgeführt wurde oder wenigstens vorgesehen war («Swoobodnoje Slowo», 16. 11. 1991). Die Tatsache, dass zudem noch immer kein russischer «Nürnberger Prozess» stattgefunden hat, sagt etwas darüber aus, wie unabhängig die dritte Gewalt, die Judikative, sich betätigen darf...

Auszüge aus der Analyse von RF-Politika

Die 70 Jahre Totalitarismus haben zu einer «realen Primitivisierung der sozialen Struktur der Gesellschaft» geführt, zu einer «scharfen Abgrenzung der Interessen der Nomenklatura als einer besonders privilegierten sozial-professionellen Gruppe und der Interessen praktisch der gesamten übrigen, «nichtprivilegierten» Bevölkerung». In früheren Stellungnahmen behandelte das Zentrum RF-Politika ebendiesen Gegensatz, ferner die Tatsache, «dass leider der grösste Teil der heutigen «demokratischen Veränderungen» nicht mehr als eine Illusion... ist, denn die Macht, das Eigentum, fast alle Steuerungshebel sind nach wie vor in Händen derselben Leute...».

Was der «sogenannte Professionalismus» der Nomenklatura an Resultaten erbracht hat und wie: «den wirtschaftlichen Ruin», «diese für die Gesellschaft

Gewählt werden Personen, und zwar zum grössten Teil Vertreter der «neuen» Nomenklatura.

selbstmörderische Umkehrung einer vernünftigen Ordnung und deren Ersetzung durch organisatorische Willkür der sozialen Gruppe der Usurpatoren, ist die Grundlage des Nomenklatura-Systems, von dessen fiktiver Wirtschaft und Politik. Und wenn wir das Nomenklatura-System demontieren wollen, so müssen wir in erster Linie die Antiprofis durch Profis aus Kreisen ausserhalb der Nomenklatura ersetzen, und wenn es keine solchen gibt, so wenigstens durch Nichtprofis (die... noch lernfähig sind). Man muss begabte normale Menschen, deren es in Russland so viele gibt, sich das Recht wieder aneignen lassen, ihr eigenes Leben zu verwalten.»

Soziopsychologisches Verhaltensstereotyp

«Dass die Macht nach wie vor in Händen der Nomenklatura-Vertreter ist, hat Bedeutung nicht an sich, sondern ausschliesslich deshalb, was sie tun und wie sie es tun»: aufgrund des soziopsychologischen Verhaltensstereotyps der Nomenklatura, das ausschliesslich auf psychologischem und physischem Zwang und Willkür beruht. «Am schwierigsten ist es wohl, sich bewusst zu werden, dass das System der Nomenklatura-Herrschaft... sich in den Seelen der Menschen reproduziert hat.» Dieses «geistige Aids, buchstäblich ein Immunitätsdefizit», bekundet sich in oft inadäquaten Reaktionen und Wertungen; es ermöglicht die Machtübernahme durch diktatorische Führer, die man in der Intelligenzia nicht ernst nimmt.

Die (eigentlich unbegründete) Revanche der Nomenklatura ist «das Ergebnis einer panischen und aggressiven Reaktion der Nomenklatura als sozialer Gruppe auf die nicht verwirklichte, aber reale Drohung einer Veränderung ihres privilegierten Status, eine Reaktion, die auf Zerstörung und Untergrabung der Keime demokratischer Staatlichkeit gerichtet ist, auf Verbreitung von Zwang, Armut, Rechtlosigkeit und sozialer Hysterie überall, auf erneute Expansion der Nomenklatura im weltweiten Masstab, auf die Errichtung eines Totalitarismus, wie man ihn bezüglich Grausamkeit... bisher in der Geschichte nicht gesehen hat.»

Fortsetzung Seite 4

Dass noch immer kein russischer «Nürnberger Prozess» stattgefunden hat, sagt etwas darüber aus, wie unabhängig die Judikative sich betätigen darf.

Stand der demokratischen Opposition Russlands heute

Kristallisationseffekt

Wir hatten im Mai («zeitbild» 11/93) über das Ziel der demokratischen Opposition Russlands informiert, durch eine Wochenzeitung mit dem Namen «Staatsbürger[-Sinn]» («Grashdanskaja Mysl'») zum Aufbau demokratischer Strukturen beizutragen. Ein Aufruf um Unterstützung dieses Projekts war «natürlich» auch dabei, und eine schöne Anzahl von «zeitbild»-Lesern antworteten mit einem Beitrag. Gemeinsam mit weiteren solidarischen Demokraten, namentlich in der Schweiz, trugen sie den Startbetrag zusammen, dank dem der «Staatsbürger» ab 1. Juli 1993 erscheinen konnte. «zeitbild» 15/93 gab Ihnen Hinweise über die ersten beiden Nummern. Die Zeitung hat bewirkt, dass sich weitere Kreise aktiver Demokraten der Unternehmung anschliessen wollen: Kristallisationseffekt.

Seit dem letzten Bericht ist wiederum einiges geschehen. Im grossen: Das politische Bild hat sich teilweise gewandelt.

Indem Präsident Jelzin Anfang Oktober das reform- und demokratiefeindliche Parlament für aufgelöst erklärte und dessen schiessfreudige Exponenten verhaften liess, schuf er eine Art Grundlage für Neuwahlen der Volksvertretungen, vorab in die beiden Kammern auf Landesebene. Im kleinen (in unserem spezifischen Bereich der demokratischen Opposition): Die von Jurij Burtin redigierte Wochenzeitung «Staatsbürger» stiess mit ihren Grundsatzartikeln und Diskussionsbeiträgen auf Beachtung. Seine Autoren holte sich Burtin vorwiegend aus der Unabhängigen staatsbürgerlichen Initiative. Dabei galt, was der Philosoph Wladimir Bibler (am zweiten Runden Tisch) als Leitlinie formulierte: Die «demokratische Meinung» ist etwas Komplexes, definitionsgemäss nicht Einheitliches, nicht Gleichgeschaltetes — «demokratische Übereinstimmung ist gescheite Meinungsvielfalt».

«Demokratische Übereinstimmung ist gescheite Meinungsvielfalt.»

GJWS bzw. Gennadij Shiwuzkij, Mitarbeiter von Eduard Moltchanows Zeitung «Freies Wort» (bis Ende 1991), fasst die Alternative zur Gesundung der wirtschaftlichen und sozialen Lage in Russland in knappe Striche: Die Russen komment! Abgerissen, ausgepowert. In den Westen.

Der designierte Koredaktor Kronid Ljubarskij erschien in Nr. 1 der «Grashdanskaja Mysl'» als Teilnehmer eines Gesprächs über den Verfassungsprozess, verzichtete dann aber zugunsten seines Engagements in Jelzins Verfassungskommission auf redaktionelle Mitarbeit. Die Redaktion brauchte Verstärkung. Bereits Ende Juli und Anfang August führten Burtin und Moltchanow — der selber als Leiter des Verlags Literatura i Politika mehr als ausgelastet ist — Gespräche mit interessierten Gleichgesinnten, namentlich dem Informationsanalysten (und Physiker) Dr. Dmitrij Jurjew. Er hat sich dem «zeitbild»-Publikum mit seiner «Bilanz der Nichtrechtsstaatlichkeit» über den Oktober-Putsch in Nr. 21/93 vorgestellt.

Gleichzeitig liefen im Zusammenhang mit dem geplanten Ausbau der Redaktion auch Sondierungen über den Einstieg von Informationsexperten in meh-

«Nomenklatura will an der Macht bleiben» (Fortsetzung)

Auswirkungen der Nomenklatura-Interessenwirtschaft

«Der politische Autoritarismus, bestimmte Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten, die «Aufteilung des Wirtschaftsraums» unter den Neomonopolen der Nomenklatura, die Umkehrung der liberalen Reformen und die Errichtung eines administrativ-wirtschaftlichen Regimes, das die besten Voraussetzungen für die Bereicherung der Nomenklatura bietet», diese Perspektive ist eine rosige demokratische Illusion, verglichen mit dem wahren Ziel, zu dem die unerbittliche Logik die Ereignisse zieht:

«Es ist eine Logik gemäss dem Grundsatz der Mafia «Eine Hand wäscht die andere», die Logik der «Blutrache» für das, was jeder Mafia das Schrecklichste ist — den Anschlag auf ihr Recht, parasitär vom Volk zu profitieren, ihr Recht, sich an die Stelle des Gesetzes zu setzen, ihr Recht, jenseits von Moral und Zivilisation zu leben.» Die Menschen sollen es ein für allemal verlernen, die Vorrechte der Mafia anzutasten und den Geschmack der Freiheit zu mögen...

Ist die Nomenklatura-Revanche und die entsprechende Katastrophe unausweichlich? Nein, aber die Ziele, die sich die «respektablen pragmatischen Politiker» gesetzt haben, lassen sich auf ihre bisherige Weise nicht erreichen, weil dem von ihnen verteidigten System folgendes inhärent ist:

1. Abbruch der Wirtschaftsreformen im Augenblick, da erst Härten und noch keine Früchte zu sehen waren
2. administratives «Nachkorrigieren» der Reformen, was zu chaotischem Administrieren führt
3. aufgrund des wirtschaftlichen und politischen Bankrotts das Anwachsen der Kriminalität und des Terrorismus
4. katastrophaler Produktionsrückgang.

«In der Geschichte Russlands beginnt eine neue Etappe — eine unvergleichlich schwerere und langwierigere, eine unvergleichlich härtere und gefährlichere für jeden, der Freiheit will — aber vielleicht eine weniger hoffnungslose.» Sie beginnt jetzt, mit den Wahlen dieses Dezembers.

(Kommentar und Zusammenfassung: HTD)

